

# BASELBIETER FREISINN

## Gemeinsam weiterkommen.

Fokus  
Bundesrats-  
ersatzwahlen  
und  
Abstimmungen



### Bundesratsersatzwahlen

#### Drei kompetente Kandidaturen

FDP.Die Liberalen ist stolz auf die drei durch die Kantonalparteien eingereichten Kandidaturen: Regierungsrat Christian Amsler, Ständeratspräsidentin Karin Keller-Sutter sowie Ständerat Hans Wicki steigen für Schaffhausen, St. Gallen und Nidwalden ins Rennen um die Bundesratsersatzwahl. An mehreren Roadshows in der ganzen Schweiz werden sie sich präsentieren.

Seiten 11 bis 15

### Interview mit Kacem el Ghazzali

Wegen seiner gesellschaftskritischen Beiträge musste Kacem el Ghazzali aus Marokko in die Schweiz fliehen. Hier wandelte er sich vom Marxisten zum Liberalen. Ein Gespräch über Freiheit, die Linke und den Islam.

Seiten 18 und 19

### Nein zur SBI

Am 25. November 2018 entscheidet die Schweizer Bevölkerung über die «Selbstbestimmungs»-Initiative (SBI). Wie Ständerat Philipp Müller ausführt, kommt es dadurch aber nicht zur Klärung zwischen Landes- und Völkerrecht, sondern zu noch mehr Unklarheit und Rechtsunsicherheit.

Seite 21

## Geschätzte Freisinnige

### Wort des Parteipräsidenten

Wenn Sie es noch nicht bemerkt haben, wird es Ihnen spätestens mit dieser Ausgabe des «Freisinn» bewusst werden – es geht mit schnellen Schritten dem Wahljahr 2019 entgegen. Am 31. März wählen wir die kantonale Regierung und das kantonale Parlament. Im Herbst 2019 finden die nationalen Wahlen statt, wo wir mit einer vollen Nationalratsliste und voraussichtlich der Ständeratskandidatur von unserer Nationalrätin Daniela Schneeberger antreten werden.

Seit Anfang 2018 sind wir an den Vorbereitungen für diesen Kraftakt. Besonders im Zentrum steht dabei die Erarbeitung der thematischen Schwerpunkte unserer Wahlkampagne für die Landrats- und Regierungsratswahlen. Ein grosses Anliegen war es mir, möglichst viele Parteimitglieder in diesen Prozess einzubinden. Darum haben wir die Parteileitung, die Fraktion, die internen Kommissionspräsidien und weitere Mitglieder im Sommer zu zwei ganztägigen Workshops eingeladen.

Wir präsentierten die thematischen Schwerpunkte am Parteitag vom 23. August 2018 in Pratteln und erhielten zahlreiche Rückmeldungen. Diese Rückmeldungen haben uns geholfen, unser Verständnis für die Anliegen unserer Mitglieder zu schärfen. Schliesslich macht nicht der Parteipräsident allein die Politik der FDP Baselland, sondern die Mitglieder, und das sind Sie!

Im Zentrum der Vorbereitungen für die Wahlen 2019 sind die Erwartungen der freisinnigen Wähler: Welche sinnvollen Antworten haben wir auf die



Paul Hofer, Parteipräsident FDP BL

drängenden Fragen unserer Zeit? Ihr Feedback hat uns geholfen, die thematischen Schwerpunkte der FDP Baselland zu setzen.

Fortsetzung auf Seite 3

# Inhalt

- 3 Baselbieter Freisinn
- 11 Danke, Hannes!
- 12 Der Weg zur Bundesratsersatzwahl
- 13 Porträt Christian Amsler
- 14 Porträt Karin Keller-Sutter
- 15 Porträt Hans Wicki
- 17 DV in Pratteln
- 18 Interview mit Kacem el Ghazzali
- 20 Ja zum ATSG
- 21 Nein zur «Selbstbestimmungs»-Initiative
- 22 Mentoring-Beitrag zur Vision
- 23 Parolenspiegel und Agenda

**Herausgeberin/Redaktion/Inserate:**  
FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern  
T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00  
E: [info@fdp.ch](mailto:info@fdp.ch) | [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

**Kantonaleil:**  
Redaktion Baselbieter Freisinn  
FDP Baselland | Postfach 420 | 4410 Liestal  
T: 061 927 87 17 | F: 061 921 96 51  
E: [info@fdp-bl.ch](mailto:info@fdp-bl.ch) | [www.fdp-bl.ch](http://www.fdp-bl.ch)

**Layout:**  
LZ Print | E: [kontakt@lzprint.ch](mailto:kontakt@lzprint.ch)

**Druck:**  
NZZ Media Services AG  
T: 071 272 72 06 | E: [print@nzz.ch](mailto:print@nzz.ch)



## Zukunft als Chance

Packen wir sie gemeinsam

### Liebe Freisinnige

Die Schweiz, unsere Heimat, ist heute ein Erfolgsmodell. FDP.Die Liberalen will dieses Erfolgsmodell sichern und in die Zukunft tragen. Wie wir dies tun wollen, haben wir in unserer Zukunftsvision mit sieben Zielen festgehalten. Mit unserer Vision – auf welche Amélie Evard aus unserem Mentoring-Programm auf Seite 22 im Detail eingeht – zeigen wir klar auf, dass wir die einzige Partei sind, die eine positive, konstruktive Zukunftsvision für unser Land hat und nicht auf Angst setzt. Wir wollen als Schweiz weiterkommen.

### Nein zur SBI

Die Selbstbestimmungs-Initiative, über die wir am 25. November abstimmen, ist ein gutes Beispiel hierfür. Die Initiative will, dass die Bundesverfassung einen generellen Vorrang gegenüber internationalen Verträgen erhält. Was in der Theorie einfach klingen mag, führt in der Praxis zu massiver Rechtsunsicherheit. Für die FDP ist klar: Unser Wohlstand, die Stabilität und Rechtssicherheit dürfen nicht ohne Not gefährdet werden. Damit die Schweiz ein Erfolgsmodell bleibt, muss sie ein verlässlicher Partner bleiben. Darum: Nein zum Frontalangriff auf unsere Rechtssicherheit, nein zur Selbstbestimmungs-Initiative! Weitere Informationen zur Selbstbestimmungs-Initiative finden Sie in diesem Freisinn.

### Danke Hannes!

Ein Vorzeige-Vorkämpfer für das Erfolgsmodell Schweiz ist unser Bundesrat Johann Schneider-Ammann. In seinen acht Jahren als Bundesrat hat er einen grossen Leistungsausweis erbracht und viel für unser Land erreicht. Ich danke ihm von ganzem Herzen für sein unermüdetes Engagement! Für uns als Partei heisst sein Rücktritt aber natürlich auch, dass wir seine Nachfolge regeln müssen. Die FDP-Liberale Fraktion wird an ihrer Sitzung vom 16. November entscheiden, wer auf das Ticket für die Nachfolge kommen wird. An der Roadshow in Liestal haben sich die Kandidatinnen und Kandidaten bereits der Bevölkerung präsentiert. Wenn auch Sie sich ein persönliches Bild der Anwärterinnen und Anwärter machen möchten, dann kommen Sie am 12. November an den Roadshows in Winterthur oder am 14. November in Yverdon vorbei und lernen Sie unsere Kandidatinnen und Kandidaten kennen.

Ihre Petra Gössi

# Zwei verführerische und gefährliche Initiativen

«Meine Seite»

Dass wir uns den kantonalen und eidgenössischen Wahlen 2019 nähern, wird auch durch die aktuellen Initiativen, über die wir am 25. November 2018 abstimmen, spürbar. Die kantonale **Prämien-Initiative** wie auch die nationale **Selbstbestimmungs-Initiative** verfolgen das Ziel, der potenziellen Wählerschaft mit attraktiven, verführerischen Titeln und Argumenten etwas vorzutäuschen. Über die tatsächlichen weitreichenden Konsequenzen dieser beiden Vorlagen äussern sich die Initianten jedoch nicht. Haben sie darüber überhaupt nachgedacht? Oder, noch schlimmer: Werden die Konsequenzen sogar bewusst im Kauf genommen?

Im Folgenden werde ich Ihnen aufzeigen, warum die beiden wohlklingenden Initiativen aufgrund ihrer Konsequenzen brandgefährlich sind und abgelehnt werden müssen:

Zuerst zur kantonalen Vorlage: Die von der SP Baselland lancierte **Prämien-Initiative** betrifft eine wahrlich sehr verfängliche Thematik. Sie ist eine formulierte Gesetzesinitiative, das heisst: Wird diese Initiative angenommen, gilt der Text automatisch als Gesetz. Die SP war sehr stolz darauf, dass sie innerhalb einer kurzen Zeit sehr viele Unterschriften gesammelt hatte. Das ist nicht verwunderlich – denn das Versprechen eines Checks von der öffentlichen Hand ist sehr verlockend.

Doch um was geht es? Die Initiative bewirkt Folgendes: Bruttojahreseinkommen von bis zu 150 000 (sic!) Franken sollen eine Prämienverbilligung erhalten. Die Prämien-Initiative zerstört ein funktionierendes System: Es gibt bereits die individuelle Prämienverbilligung. Der Regierungsrat hat kürzlich entschieden, die Prämienverbilligung ab 2019 um jährlich 12 Millionen Franken zu erhöhen. Und: Die ausbezahlten Prämienverbilligungen im Kanton Baselland steigen. Waren es 98 Millionen Franken im Jahr 2009 so sind es 2018 bereits 120 Millionen Franken. Im 2017 bezogen über 57 000 Personen eine Prämienverbilligung. Das sind 20 Prozent der Baselbieter Bevölkerung! Mit der Initiative würden in Zukunft bei jeder Erhöhung der Krankenversicherungsprämien automatisch immer mehr Haushalte mit noch höheren Einkommen einen Beitrag erhalten Grund: Die Initiative will die anspruchsbegrenzenden Einkommensobergren-

zen streichen. Die Initiative nennt als Grundsatz, dass die Krankenkassenprämie 10 Prozent des Einkommens nicht überschreiten soll. Klingt nach einem vernünftigen Grundsatz, stellt de facto aber eine völlige Systemänderung dar, welches Prämienverbilligungen und damit Steuergelder im Giesskannenprinzip ausschüttet, statt gezielt an diejenige abgibt, die sie benötigen. Auf diese Tatsache spielt auch unser Abstimmungsplakat an, mit welchem wir uns gegen diese Initiative einsetzen. Aber damit nicht genug: Bei Annahme des Gesetzes würde auf den Kanton Baselland bereits ab 2019 eine jährliche Mehrbelastung von rund 75 Millionen Franken zukommen. Das entspricht etwa dem Betrag des früheren, jährlichen «Ausgabenüberschusses» oder Defizits und mutet somit sehr abenteuerlich an: Nachdem die bürgerliche Politik während der letzten Jahre mit viel Energie und Disziplin (auch nicht immer populäre) Entscheide fällen musste, damit der Kanton wieder schwarze Zahlen schreibt, würde das Erreichte mit einem Schlag über Bord geworfen. Geschätzte Freisinnige, ich bin der Meinung; Es darf nicht sein, dass all diese Bemühungen wegen einer SP «Wahlfang»-Initiative aufs Spiel gesetzt werden.

*Fortsetzung von Seite 1*

## Wir engagieren uns vor allem für:

- ein wettbewerbsfähiges Steuersystem.
- eine starke Wirtschaft und attraktive Arbeitsplätze.
- eine Bildung und Ausbildung mit Köpfchen und Perspektiven.
- eine Heimat, die nicht fremd ist.
- einen gut funktionierenden öffentlichen und privaten Verkehr.

Die Parteileitung hat am 27. September beschlossen, die Wahlkampagne 2019 unter der Leitidee **«macht Sinn – Freisinn»** zu lancieren – sinnvolle Lösungen für die fünf genannten Politikbereiche. Naomi Reichlin, Vizepräsidentin, erläutert den Hintergrund dieser Idee in dieser «Freisinn»-Ausgabe.

Was in diesem Wahlkampf ebenfalls anders sein wird, ist der stärkere Fokus auf Social Media. Wir nutzen verstärkt digitale Kanäle und setzen etwas

Die FDP Baselland hat deshalb am Parteitag vom 17. Oktober ohne Gegenstimme deutlich die **NEIN-Parole** beschlossen.

Die **Selbstbestimmungs-Initiative** der SVP ist ebenfalls eine «Täuschungsinitiative». Auf den ersten Blick wirkt die Initiative zielführend, denn kein Schweizer ist dagegen, dass die Bundesverfassung die «oberste Rechtsordnung» der Schweiz ist. Die Initiative fordert, dass die Bundesverfassung respektive der Wille des Volkes über dem Völkerrecht steht. Dies bedeutet, dass ein Vertrag, der einer vom Volk beschlossenen Initiative widerspricht, aufgehoben werden muss. Von diesem Grundsatz gibt es allerdings un spezifizierte Ausnahmen. Die Initianten behaupten, sie würden mit der Selbstbestimmungs-Initiative die Rechtsverhältnisse klären, aber genau diese Ausnahmen machen die Vorlage gefährlich. Die beiden Worte «nötigenfalls» (Art 56 BV) und «alle bestehenden» (Art 197 Ziff. 1 BV) sind brandgefährlich und lassen viel Auslegungsspielraum. Sie öffnen Tür und Tor, um in Zukunft bestehende und mit internationalen Organisationen abgeschlossene Verträge zu hinterfragen und vorübergehend auf den Prüfstand zu setzen. Die Konsequenz daraus ist ganz einfach erkennbar: Die Schweiz, bisher vertrauenswürdige Vertragspartnerin, wird unzuverlässig. Es gibt im Vertragswesen nichts Schlimmeres als Unzuverlässigkeit. Bezeichnend ist auch, dass die SVP zwar eine Kampagne lanciert, ihre Plakate aber ohne Parteilogo gehalten sind.

Die FDP Baselland hat am Parteitag vom 17. Oktober mit 68 gegen 7 Stimmen und 4 Enthaltungen die **NEIN-Parole** beschlossen.

Und wir stehen zu beiden Parolen, so dass Sie unsere Plakate im Kanton hängen sehen – natürlich mit FDP-Logo!

**Paul Hofer, Parteipräsident und Landrat**

weniger Plakate ein. Es muss uns gelingen, stark zu mobilisieren. Ein effizienter Gebrauch von Social Media kann einen signifikanten Unterschied beim Wähleranteil machen. Das ist sehr wichtig und unabdingbar, um unser Wahlziel von 20 Landrätinnen und Landräten und eine glanzvolle Wiederwahl unserer Regierungspräsidentin Monica Gschwind zu erreichen.

Schliesslich möchte ich alle (im betroffenen Wahlkreis) auf die Wahl des **Zivilkreisgerichts Präsidium West** hinweisen. Ich bitte Sie, unterstützen Sie **Dr. Andreas Linder** – und mobilisieren Sie Ihr Netzwerk! Er ist ein ausgezeichnete Jurist und Anwalt und hat sich in seiner interimistischen Übernahme des Präsidiums bereits bewährt. Seine Wahl am 25. November 2018 würde uns sehr freuen!

**Freisinnige Grüsse**  
**Paul Hofer, Parteipräsident FDP BL**

# Leitidee «macht Sinn – Freisinn»

Startklar für den Wahlkampf 2019

Was kommt Ihnen in den Sinn, wenn Ihnen jemand sagt: «Wär hets erfunde?» Unwillkürlich werden Sie denken: «Ricola!» Dieser Slogan ist so tief verankert, dass ihn jedes Kind kennt. Das Gleiche wollen wir mit unserer Leitidee erreichen. Doch was ist eine Leitidee, und warum brauchen wir eine?

Mit der Leitidee wollen wir die Positionierung der FDP auf ansprechende Weise auf den Punkt bringen. Sie soll Wählerinnen und Wähler rational wie auch emotional ansprechen. Ziel der Leitidee ist es schliesslich, Mitglieder und Sympathisanten zu mobilisieren.

In der Parteileitung haben wir uns mit viel Überzeugung für die Leitidee «macht Sinn – Freisinn» entschieden. Warum? Die von uns Freisinnigen proklamierten Lösungen machen nämlich – auch nach einem zweiten Blick – «mehr Sinn» als das, was andere Parteien – oft provokativ und polarisierend – präsentieren. Denn die Lösungsansätze der FDP weisen in die Zukunft und sind differenziert. Und sie rücken den zentralen Wert der Freiheit, die Eigenverantwortung, ins Zentrum.

Ganz wichtig ist: Die Leitidee ist immer der Knecht der politischen Inhalte, und auf keinen Fall deren Ersatz. Vielmehr ist es die Rolle der Leitidee, der Gesamtkommunikation der Partei einen roten Faden zu geben. Und sie schafft einen Wiedererkennungswert: Das ist FDP! Und wir wünschen uns, dass wenn die Baselbieter «macht Sinn» hören, ihnen sofort «Freisinn!» in den Sinn kommt. Das versuchen wir auf verschiedene Arten zu erreichen: durch subtile Andeutungen wie auch wortwörtlich auf Image- und Themenplakaten.

Wie gesagt, ist die Leitidee nur eine Klammer für konkrete politische Anliegen und Vorstösse. Wir freuen uns darauf, Ihnen die Wahlkampfkampagne im Detail am Neujahresapéro vom 17. Januar 2019 zu präsentieren, fokussiert auf die fünf Kernthemen: Steuerpolitik, Wirtschaftspolitik, Bildungspolitik, Verkehrspolitik, Sicherheit und Identität.

Eine kurze Vorschau auf die Imageplakate haben wir am letzten Parteitag in Sissach gegeben. Die Imageplakate zeigen auf, wie die Leitidee visuell umgesetzt wird, und zwar im neuen und frischen



Design der FDP Schweiz. Schliesslich möchten wir Ihnen für Ihre Mitarbeit und Ihr wertvolles Feedback danken und freuen uns, Sie am Neujahresapéro vom 17. Januar 2019 willkommen zu heissen. Nur mit Ihnen können wir erfolgreich mobilisieren!

**Euer Wahlkampfteam**  
**Daniel Piller, Naomi Reichlin,**  
**Florian Sennhauser und Gina Zehnder**



## Sie wollen informiert bleiben?

... und die News direkt auf Ihr Handy erhalten?  
... und immer wissen wo was läuft?

Das gefällt uns! Das müssen Sie dafür tun:

1. Die Nummer (+41 77 536 31 92) in Ihrem Telefonbuch unter «FDP Baselland» speichern
2. Eine WhatsApp mit dem Text «Los geht's» an FDP Baselland schicken
3. Informiert sein ;-)\*

Sie dürfen uns auch gerne an diese Nummer Feedback oder Anregungen senden.

\*Ihre Nummer wird weder weitergegeben noch an anderen Personen angezeigt (es ist kein Gruppenchat!) und nur für diesen Zweck verwendet.



Am 31. März geht es nicht nur darum, eine komfortable bürgerliche Mehrheit in der Regierung zu erhalten. Bildung und Kultur machen sich in freisinniger Hand besser, schreibt die Regierungspräsidentin und Vorsteherin der Direktion Bildung, Kultur und Sport Monica Gschwind.

Vor ziemlich genau vier Jahren durfte ich mich als Regierungsratskandidatin im «Freisinn» vorstellen. Und schon damals äusserte ich die Überzeugung, dass die Bildungsdirektion in bürgerliche Hände gehört. Nach fast vier Jahren im Amt bin ich davon noch mehr überzeugt. Und ich würde sogar so weit gehen und sagen: Sie gehört in freisinnige Hände!

Warum? Wenn man sich die Umfragen bei den Wählerinnen und Wählern anschaut, so stellt man fest, dass sie der FDP beim Thema Wirtschaft besondere Kompetenzen zuschreiben. Das kommt nicht von ungefähr: Wirtschaftspolitik IST eines unserer Kernthemen. Gerade deshalb wissen wir aber auch um die Zusammenhänge. Eine positive wirtschaftliche Entwicklung entsteht nicht aus dem Nichts, sondern, weil Unternehmerinnen und Unternehmer an gute Ideen glauben, Investoren bereit sind, Risiken zu tragen und wir als Staat gute

Bedingungen schaffen, damit beides möglich wird.

Einer der wichtigsten Beiträge, den wir dabei leisten können, ist die Investition in die Bildung. Und zwar eine gute Bildung auf allen Stufen, mit einem möglichst hohen «Return on Invest», so dass der Bildungsfranken noch mehr Erträge bringt. Das bringt unser Land, unseren Kanton und seine Menschen vorwärts!

Wir haben in der Bildungs- und Kulturpolitik des Kantons Baselland in den letzten Jahren ein neues Kapitel aufgeschlagen.

Wir haben die Anliegen der unterschiedlichsten Anspruchsgruppen in der Bildungspolitik aufgenommen und eigenständige Vorschläge präsentiert. Damit haben wir die Flut der Initiativen eingedämmt, die Stimmbevölkerung immer wieder von unseren Vorschlägen überzeugen können und im Rahmen der Gesamtinteressen des Kantons ein gu-

tes **Fundament** gelegt, um die bildungspolitische Zukunft angehen zu können.

Mit den laufenden Projekten und kommenden Vorlagen – z.B. zur Speziellen Förderung oder zum Fremdsprachenunterricht – schaffen wir sukzessive das **Gerüst**, um den Bildungs- und Kulturstandort Baselland und den Kanton noch erfolgreicher zu machen.

In der Volksschule werden die Lehrpersonen im Interesse der Unterrichtsqualität in ihrer Rolle zusätzlich unterstützt. Stichworte sind etwa: Lehrmittelfreiheit, Digitalisierung, Sonderpädagogik, Berufsauftrag und Führungsstrukturen.

Die Berufsbildung **wird gestärkt** z.B. durch die Zusammenführung der Berufsfachschulen und die Neupositionierung der Brückenangebote.

Die Partnerschaftsverträge mit dem Kanton Basel-Stadt für eine starke Universität Basel und ein vielfältiges Kulturangebot in der Region **schaffen Stabilität und Entwicklungsperspektiven**.

Das ist die Bildungs- und Kulturpolitik der vergangenen fast vier Jahre. Und diese Politik will ich auch in den nächsten Jahren fortführen. Das gilt im Übrigen auch für die Kultur. Auch sie ist ein wichtiger Motor wirtschaftlicher Dynamik. Nicht umsonst sind die Orte, wo Unternehmen prosperieren, immer auch kulturelle Hotspots.

Dass hohe Investitionen in Bildung und Kultur nur möglich sind, wenn man sie sich als Gemeinwohl leisten kann – das ist eine weitere freisinnige Wahrheit. Und dass in Zeiten, wo die Balance zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht mehr stimmt, auch die Ausgaben für Bildung und Kultur auf Effizienz und Effektivität abgeklopft werden, das ist für uns Freisinnige selbstverständlich.

Nicht, dass andere nicht auch eine verantwortungsvolle Bildungspolitik machen könnten – wir haben einfach die Voraussetzungen, es besser zu machen. Dies, weil wir von unserer Grundhaltung her offen und ohne ideologische Scheuklappen an die bildungspolitischen Herausforderungen herangehen. Und weil Bildung für uns nicht Selbstzweck ist, sondern immer im Zusammenhang mit der Wertschöpfung stehen muss – der persönlichen wie der gesellschaftlichen.

Nun geht es darum, es nicht nur besser, sondern länger zu machen! Dafür setze ich mich mit all meinen Kräften ein. Es liegt mir sehr am Herzen, dass unsere Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene die optimalen Voraussetzungen für berufliches und persönliches Fortkommen erhalten. Wir wissen, dass es dafür in Zukunft noch grössere Anstrengungen braucht, weil die Herausforderungen in der digitalen Zukunft nicht kleiner werden. Deshalb macht heute und morgen freisinnige Bildungs- und Kulturpolitik Sinn.

**Monica Gschwind, Vorsteherin der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)**

Landratswahlen 2019

## Unsere Landratskandidatinnen und -kandidaten

Im Baselbieter Landratssaal stehen 90 Stühle für die nächste Landratsgeneration zur Verfügung. Mit Stolz präsentieren wir Ihnen unsere Kandidatinnen und Kandidaten.

### Wahlkreis Allschwil/Schönenbuch



Jürg Vogt (bisher) (1958, Allschwil)  
Andreas Bärtsch (1971, Allschwil)  
Markus Gruber (1969, Allschwil)  
Astrid Kaiser (1966, Allschwil)  
Priska Lanz (1960, Allschwil)  
Martin Münch (1973, Allschwil)  
Robert Vogt (1961, Allschwil)

### Wahlkreis Binningen/Bottmingen



Sven Inäbnit (bisher) (1964, Binningen)  
Marc Schinzel (bisher) (1963, Binningen)  
Eva-Maria Bonetti (1963, Binningen)  
Irene Karoussos (1971, Binningen)  
Daniel Setz (Binningen)  
Pascal Treuthardt (Binningen)  
Samer Ursillo (1981, Bottmingen)

### Wahlkreis Oberwil/Therwil/Biel-Benken/Ettingen



Andreas Dürr (bisher) (1962, Biel-Benken)  
Paul Hofer (bisher) (1947, Oberwil)  
Andreas Eugster (Oberwil)  
Christina Jeanneret-Gris (1957, Oberwil)  
Regula Messerli (1963, Oberwil)  
Daniel Plüss (1968, Therwil)  
René Saner (1967, Therwil)  
Andreja Weber (1965, Oberwil)  
Nicole Weiland-Jaeggi (1962, Biel-Benken)

### Wahlkreis Aesch/Reinach/Pfeffingen



Jacqueline Bader-Rüedi (bisher) (1970, Reinach)  
Rolf Blatter (bisher) (1962, Pfeffingen)  
Jörg Burger (1959, Reinach)  
Stephan Hohl (1979, Aesch)  
Cristian Manganiello (1979, Aesch)  
Paul Meier-Hürliemann (1958, Reinach)  
Gian Ruppenner (1990, Aesch)  
Susanne Schindler (1966, Pfeffingen)  
Daniel Stark (1976, Reinach)  
Brigitte Vogel Lancashire (1969, Aesch)

### Wahlkreis Münchenstein/Arlesheim



Christine Frey (bisher) (1967, Münchenstein)  
Balz Stückelberger (bisher) (1972, Arlesheim)  
Dominic Degen (1989, Münchenstein)  
Johannes Felchlin (1968, Arlesheim)  
Sibylle vonHeydebrand (1960, Arlesheim)  
David Meier (1965, Münchenstein)  
Brigitte Treyer-Spitz (1975, Arlesheim)

**Wahlkreis Birsfelden/Muttenz**



Christof Hiltmann (bisher) (1972, Birsfelden)    Alain Bai (1993, Muttenz)    Oliver Fischer (1999, Muttenz)    Katja Iseli (1979, Muttenz)    Roland Müller (1963, Muttenz)    Doris Rutishauser (1963, Muttenz)    Daniel Schneider (1957, Muttenz)    Nicole Hatz (1972, Birsfelden)    Sacha Truffer (Birsfelden)

**Wahlkreis Pratteln**



Christoph Buser (bisher) (1971, Füllinsdorf)    Stephan Burgunder (1975, Pratteln)    Daniel Buser (1983, Frenkendorf)    Anita Fiechter-Hintermann (1980, Pratteln)    Roger Gradl (1964, Frenkendorf)    Christoph Keigel (1958, Füllinsdorf)    Andreas Seiler (1981, Pratteln)    Dieter Stohler (1958, Pratteln)

**Wahlkreis Liestal**



Thomas Eugster (bisher) (1970, Liestal)    Heinz Lerf (1956, Liestal)    Roger Ballmer (1963, Liestal)    Werner Fischer (1963, Liestal)    Matthias Mundwiler (1968, Bubendorf)    Daniela Reichenstein (1968, Liestal)    Naomi Reichlin (1996, Seltisberg)    Samira Schaub (1999, Liestal)    Bernhard Zollinger (1961, Seltisberg)

**Wahlkreis Sissach**



Saskia Schenker (bisher) (1979, Itingen)    Björn Fankhauser (1975, Itingen)    Sandra Jenni (1984, Sissach)    Daniele Rocca (1984, Zunzgen)    Thomas Schwab (1979, Sissach)    Elisabeth Vock (1972, Sissach)

**Wahlkreis Gelterkinden**



Stefan Degen (bisher) (1981, Gelterkinden)    Pascal Catin (1988, Gelterkinden)    Rolf Graf (1959, Maisprach)    Manuela Schällibaum (1972, Gelterkinden)    Beat Zimmermann (1959, Ormalingen)    Daniela Zumoberhaus (1993, Gelterkinden)

**Wahlkreis Waldenburg/Hölstein/Diegten/Eptingen**



Andrea Kaufmann-Werthmüller (bisher) (1977, Waldenburg)    Mehmet Altay (1977, Diegten)    Stephan Bär (1962, Hölstein)    Anina Andrea Engeler (1984, Hölstein)    Regina Locher (1976, Oberdorf)    Florian Sennhauser (1995, Liestal)

# Gemeinsam bringen wir das Baselbiet vorwärts

Bürgerliches Komitee «Zukunft Baselbiet gestalten»

Am 3. September 2018 startete das Bürgerliche Team mit Regierungspräsidentin Monica Gschwind, den Regierungsräten Anton Lauber und Thomas Weber sowie mit Nationalrat Thomas de Courten den Wahlkampf für die Regierungsratswahlen vom 31. März 2019. An der Auftakts-Medienkonferenz erläuterten die Kandidatin und Kandidaten ihr bisher Erreichtes für das Baselbiet und wie sie unseren Kanton in Zukunft gemeinsam gestalten wollen.

## Erfolgreiche neue Finanzpolitik

Für Finanzdirektor Anton Lauber sind gesunde Staatsfinanzen, eine tiefe Staatsquote und eine moderate Steuerbelastung entscheidende Voraussetzungen für einen attraktiven und prosperierenden Standort. «Der bürgerlichen Mehrheit in Regierung und Landrat ist die Gesundung der Kantonsfinanzen und die Erneuerung der Finanzpolitik gelungen. Diese politischen Rahmenbedingungen braucht es auch in Zukunft!», sagte Anton Lauber überzeugt. In der kommenden Legislatur stehen für ihn die konsequente Umsetzung der neuen Finanzsteuerungsinstrumente wie die «Generelle Aufgabenüberprüfung» sowie die Weiterentwicklung des Aufgaben- und Finanzplans im Vordergrund. Die kantonale Umsetzung der vom Bund geplanten Steuerreform 2017 will er zur Stärkung des Baseltier Wirtschaftsstandortes nutzen. Und als für die Gemeinden zuständiger Regierungsrat fördert er Gemeindeprojekte zur Regionalisierung aktiv.

## Starker Standort Baselbiet

Für Regierungsrat Thomas Weber standen in seiner bisherigen Tätigkeit die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Baselland und die Sicherstellung einer bedarfsgerechten, leistungs- und zukunftsfähigen Gesundheitsversorgung im Vordergrund. Das Baselbiet verfüge nicht nur über eine sehr breit gefächerte KMU-Wirtschaft und einen entsprechenden Branchenmix, sondern im Kanton seien auch Weltkonzerne tätig. «Dazu müssen wir gemeinsam Sorge tragen, und dieser Aufgabe widme ich mich täglich», so Thomas Weber. Mit der künftigen, von der FDP unterstützten, gemeinsamen Spitalplanung nehmen die Kantone Baselland und Basel-Stadt diese gemeinsam nach einheitlichen und transpa-



renten Kriterien vor. Denn unsere Gesundheitsregion ist über die Kantonsgrenzen hinweg eng verknüpft. Die gemeinsame Spitalplanung hat schweizweite Ausstrahlung, wird als Vorbild für andere Regionen dienen und notwendige Diskussionen auf nationaler Ebene in Gang setzen.

## Das Baselbiet zum exzellenten Bildungsstandort machen

«Das Baselbiet verfügt mittlerweile über eine klar strukturierte und transparente Bildungs- und Kulturpolitik», sagte Regierungspräsidentin Monica Gschwind. Nach turbulenten Bildungsjahren befindet sich unser Kanton auf einem soliden bildungspolitischen Weg. Mit einer weiteren Stärkung der dualen Berufsbildung, einer starken bikantonalen Universität und einer gezielten Förderung von Kindern und Jugendlichen will Monica Gschwind das Baselbiet bildungspolitisch weiterentwickeln und zukunftsgerichtet gestalten. Bei der starken bikan-

tonalen Universität hat sie mit der Ankündigung des künftigen Unstandorts Münchenstein erst kürzlich Fakten geschaffen, auf die sie in der neuen Legislatur weiter aufbauen will. Und auch bei der Kultur lässt sie den Worten Taten folgen: Unter ihrer Führung haben die beiden Regierungen von Basel-Stadt und Baselland die Eckwerte für den neuen Kulturvertrag und die Kulturpartnerschaft ab 2022 definiert.

## Das Baselbiet in die Schweiz vernetzen

Thomas de Courten will als künftiger Regierungsrat, dass das Baselbiet in unserem Land wieder Massstäbe bezüglich Wettbewerbsfähigkeit, Standortqualität und Innovation setzt. «Das Potenzial dazu ist vorhanden. Und das bürgerliche Team in der Regierung hat in den letzten Jahren dafür die Voraussetzungen geschaffen.» Als wichtige europäische Verkehrsdrehscheibe müsse unsere Region über eine leistungsfähige Infrastruktur verfügen. Für de Courten besteht diesbezüglich grosser Handlungsbedarf. Vor allem auf der Strasse stösst das Baselbiet seit längerem an Leistungsgrenzen. Als in Bern bestens vernetzter Regierungsrat kann Thomas de Courten dementsprechend wirkungsvoll agieren. Thomas de Courten ist klar auf die freiwerdende Bau- und Umweltschutzdirektion fokussiert. So will er zum Beispiel die Erschliessung vorhandener Siedlungs- und Wirtschaftsflächen konkret vorantreiben, damit diese intensiver genutzt werden können. Zudem will er sich gemeinsam mit dem bürgerlichen Regierungsteam für kurze administrative Wege einsetzen.

## Zukunft Baselbiet gemeinsam gestalten

Die bisherigen Regierungsmitglieder Monica Gschwind, Thomas Weber und Anton Lauber wollen zusammen mit Nationalrat Thomas de Courten die erfolgreiche bürgerliche Regierungsarbeit weiterführen und sich gemeinsam für eine prosperierende Zukunft des Baseltiers einsetzen.

Werden Sie Komitee-Mitglied und erfahren Sie mehr unter: [www.rwahlen2019bl.ch](http://www.rwahlen2019bl.ch)

## Saskia Schenker

Landrätin, Mitglied Co-Präsidium Bürgerliches Komitee «Zukunft Baselbiet gestalten»

## Wollen Sie wissen, was bei der FDP läuft?

Mit dem Newsletter «mehreisinn» erfahren Sie die News aus erster Hand!

Wer den Newsletter noch nicht erhält und sich anmelden möchte:

Senden Sie eine E-Mail mit dem Betreff «mehreisinn» an [gina.zehnder@fdp-bl.ch](mailto:gina.zehnder@fdp-bl.ch).

# Zeitversetztes Fernsehen

News aus Bern

Ich kann mich noch gut erinnern, als ich jeden Abend rechtzeitig vor dem Fernseher sass, um die Abendnachrichten zu sehen. Damals bestimmte die Zeitplanung im Radio und Fernsehen einen Teil meiner Agenda. Ich habe mich auch jeweils sehr geärgert, wenn ich eine Sendung verpasste oder nicht richtig aufgenommen hatte. Dank der Digitalisierung ist diese aus heutiger Sicht altmodische und fremdbestimmte Informationszeit aber vorbei. Ich schaue heute dank Replay TV Fernsehen, wann ich will. Diese Freiheit ist mir sehr wertvoll geworden. Ich möchte sie nicht mehr missen.

Die Fernsehsender klagen darüber, dass ihnen wegen des Replay TV Werbeeinnahmen verloren gehen, vor allem deshalb, weil die Verbreiter wie Swisscom das Überspringen der TV-Werbung ermöglichen. Andere Plattformen arbeiten mit Unterbrecherwerbung, um die Erosion der Erträge für TV-Sender zu bremsen. Der Wettbewerb um kluge Lösungen ist also in vollem Gange. Nun haben die TV-Sender auch noch das Thema der Urheberrechte moniert. Replay TV in der heutigen Form ist ihnen ein Dorn im Auge, und sie suchen nach allen Möglichkeiten, einen Riegel zu schieben – sie nehmen dabei in Kauf, Zuschauer zu verärgern.

Nun kann man argumentieren und sagen, dass diese Funktionalität eine Spielerei sei, die einfach der Bequemlichkeit entgegenkommt, und dass die jüngste Diskussion in der Rechtskommission, Replay TV zu Gunsten der TV-Sender einzuschränken, nur eine Randnotiz wert sein sollte. Ich sehe dies aber anders. Gerade Sendungen, die mir als Informationsgrundlage dienen – Dokumentationen,

politische Debatten und vieles mehr – sind früher oft gar nicht gesehen worden, weil sie zu einem ungünstigen Zeitpunkt ausgestrahlt wurden. Heute kann ich zum Beispiel die «Arena» jederzeit «nachschaun», ohne daran denken zu müssen, diese Sendung speziell aufzunehmen. Heute spielt es auch keine Rolle mehr, wenn eine Sendung um 2 Uhr morgens gesendet würde – live anschauen würde sie zwar immer noch niemand, aber alleine die Verfügbarkeit nach der Ausstrahlung würde ja reichen, um das Zielpublikum zu erreichen.

Replay TV ist damit viel mehr als nur eine Frage der kommerziellen Nutzung des TV-Angebots, der Werbeeinnahmen und der Bequemlichkeit. Replay TV ist ein Instrument, welches die politische und gesellschaftliche Meinungsbildung für breitere Kreise zugänglich macht und die Informationshürde senkt. Zusätzlich ist Replay TV für Formate mit tiefer Zuschauerzahl auch eine Chance für Aufmerksamkeit.

Der technologische Fortschritt hat hier dank der Digitalisierung einen Nutzen gestiftet. Aus genannten Gründen ist aus meiner Sicht eine Einschränkung von Replay TV nur dann angezeigt, wenn es keine bessere Lösung gibt. Bereits gibt es Anbieter, die smarte Werbung so platzieren, dass sie auch bei Replay TV funktioniert. Von staatlicher Seite sollte hier nicht interveniert, sondern der Wettbewerb und die Marktkräfte genutzt werden. Auch auf dem Werbemarkt sieht man klar, dass die Einnahmen für TV-Angebote nicht sinken. Es geht für die TV-Sender und Verbreiter wie Swisscom nun darum, hier kluge Lösungen zu finden und nicht nach dem Staat zu rufen. Auch der Gewerbeverband, in dessen Vorstand ich als Vizepräsidentin mitwirke, hat sich geäussert und wehrt sich gegen eine Einschränkung des Replay TV. Die Rechtskommission hat nun knapp dieser Einschränkung zugestimmt. Es bleibt zu hoffen, dass das Parlament diesen Entscheid rückgängig macht.

**Daniela Schneeberger, Nationalrätin, Thürnen**

**Wussten Sie schon? Die FDP BL ist auch online vertreten:**

#machtSinn



Twitter @FDP\_BL



www.fdp-bl.ch



FDP.Die Liberalen Baselland



FDP Baselland



FDP Baselland



# Wieso gehören die JFBL in den Landrat?

## Jungfreisinnige Baselland

Diese Tage dreht es sich wieder, das Kandidatenkarussell in Bern. Eifrig wird nach Nachfolgern für die zwei freiwerdenden Bundesratssitze gesucht. Das Pflichtenheft der Kandidaten ist vielseitig; nicht zuletzt Region, Sprache und die Geschlechterfrage sollen gebührend berücksichtigt werden. Eine untergeordnete Rolle spielt hierbei die Altersfrage. Nur eine Handvoll Bundesräte waren unter 40, was angesichts der grossen Erfahrung, welche das Ausüben eines bundesrätlichen Exekutivamtes verlangt, verständlich ist. Umso wichtiger ist es für Junge, ihre Ideen an anderer Stelle einbringen zu können! Und das ist wiederum Grund, warum die Jungfreisinnigen in den Landrat gehören.

Allgemein gilt: Ein Platz in der Legislative ermöglicht es einer Jungpartei, sich Gehör für ihre Anliegen zu verschaffen und ihre Ideen einem breiteren Publikum bekannt zu machen. Für die FDP gilt: Um längerfristig erfolgreich bleiben zu können, ist es für eine Volkspartei unabdingbar, aktuelle Themen zu behandeln. Geschieht dies nicht, so wird sie über kurz oder lang erodieren, was derzeit die Volksparteien in Deutschland erleiden müssen. Auch die FDP hat in den vergangenen Dekaden stark an Wählern eingebüsst und konnte diese Entwicklung erst kürzlich stoppen und wieder relevant zulegen. Gerade deshalb ist es wichtig, den Mut

aufzubringen, neues zu wagen. Und hier schlägt die Stunde des Jungfreisinns!

Er ist in der Lage, neue, explosive oder polarisierende Themen aufzugreifen und weiterzuentwickeln. Auf nationaler Ebene geschah dies beim Kampf gegen Netzsperrern rund um das Geldspielgesetz und für eine liberale Rentenreform. Im Baselselb setzt sich der Jungfreisinn stark für liberale Grundwerte ein. Um den Wirtschaftsstandort Baselselb in einer Zeit starker Globalisierung und Digitalisierung attraktiv zu halten und neue Industrien anzuziehen, setzen wir uns für eine effiziente Verwaltung ein. Wir möchten, dass Schüler/-innen möglichst früh im Umgang mit Computern und im Programmieren geschult werden.

Für den Fortbestand des Freisinns als einer der formenden Kräfte im Kanton ist es aber vor allem wichtig, dass FDP und Jungfreisinn zusammenarbeiten. Wir sind ausserdem sehr stolz, dass auf mehreren FDP-Listen jungfreisinnige Namen zu finden sind, so zum Beispiel Samira Schaub und Naomi Reichlin in Liestal, Florian Sennhauser in Waldenburg und ich selber im Muttenzer Wahlkreis. Wir werden alles geben!

**Oliver Fischer, JFBL und Landratskandidat  
Wahlkreis Muttenz/Birsfelden**

# AGENDA

**17. Januar 2019**

Neujahres-Apéro FDP Baselland und Wahlkampfauftakt

**31. Januar 2019**

Parteitag

**31. März 2019**

Abstimmungssonntag und Wahlveranstaltung

**30. August 2019**

Pfeffinger Forum mit BR Ignazio Cassis

Der Parteitag vom 17. Oktober 2018 hat die folgenden Parolen gefasst:

### Kantonale Abstimmungen vom 25. November 2018

**JA** zur Änderung des Steuergesetzes vom 28. Juni 2018, Gegenvorschlag des Landrats zur zurückgezogenen formulierten Gesetzesinitiative «Für eine faire steuerliche Behandlung der Wohnkosten» («Wohnkosten-Initiative») vom 26. Oktober 2017

**NEIN** zur formulierten Gesetzesinitiative «Ja zur Prämienverbilligung» («Prämien-Initiative») vom 22. Juni 2017

**JA** zur Teilrevision des Gerichtsorganisations- und Prozessrechts (LRV 2017-115), Verfassungsänderung betreffend Wahlen Zivilkreisgerichte

### Nationale Abstimmungen vom 25. November 2018

**NEIN** zur Volksinitiative vom 12. August 2016 «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungs-Initiative)

### Bezüglich folgender zwei Abstimmungsvorlagen folgt die FDP Baselland der Parolenfassung der FDP Schweiz:

**NEIN** zur Volksinitiative vom 23. März 2016 «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)

**JA** zur Änderung vom 16. März 2018 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) (Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten)



# Eine glänzende Bilanz

Danke, Hannes!

Johann Schneider-Ammann hat die Schweiz durch turbulente Zeiten geführt. Statt Profilierung zu betreiben, setzte er sich stets für Wohlstand, Jobs und die Menschen in der Schweiz ein – und das wird er noch bis Ende Jahr mit dem gewohnten Herzblut tun. Seine Erfolgsbilanz spricht für sich.

- **Mister Freihandel:** Seit seinem Amtsbeginn sind FHA mit 20 Partnern in Kraft getreten, darunter China, Kolumbien, Philippinen, Ukraine sowie mit Indonesien. Das entspricht der Hälfte aller Partner, mit denen die Schweiz derzeit ein FHA hat. Aktuell laufen Verhandlungen u. a. mit Mercosur, Malaysia, Vietnam und Indien. Zudem hat er vor kurzem exploratorische Gespräche mit den USA aufgenommen.

- **Digitalisierungsminister:** Frühzeitiger Vorkämpfer für die Digitalisierung in der Schweiz, u. a. mit dem Aktionsplan Digitalisierung für Bildung, Forschung und Innovation (mit 216 Millionen); Gründung Beirat Digitale Transformation WBF und UVEK; wirtschaftspolitische Weichenstellungen mit dem entsprechenden SECO-Bericht; brachte die Blockchain-Thematik auf das politische Parkett

- **Liberaler Chrapfer für Jobs:** Unermüdlicher Einsatz für liberale Rahmenbedingungen in einem schwierigen Umfeld, inkl. zwei Frankenstärke-Krisen; Lancierung als Schirmherr der privaten Swiss Entrepreneurs Foundation mit 500-Millionen-Franken-Fonds für Start-ups; zwei Massnah-

menpläne zur administrativen Entlastung grösstenteils umgesetzt; Vereinfachungen bei der Arbeitszeiterfassung; mit seinem Engagement damit beigetragen zur hervorragenden Situation der Schweiz: tiefe Arbeitslosigkeit, hohe Beschäftigung, hohe Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit. Förderung inländischer Fachkräfte z. B. mit Masterplan Pflegeberufe.

- **Patron der Berufsbildung:** Überzeugter Promoter der Berufsbildung im In- und Ausland; trotz Akademisierungstendenzen die Quote von zwei

«Hannes Schneider-Ammann hat sehr viel für den Fortschritt unseres Landes gemacht und die Grundwerte der FDP hervorragend vertreten. Lieber Hannes – vielen, vielen Dank für Deinen grossen Einsatz für unsere Schweiz!» Petra Gössi

Drittel aller Jugendlichen in der Berufsbildung gehalten; SwissSkills ins Leben gerufen; Werbung für die Berufsbildung auch im Ausland (z. B. Zusammenarbeit mit den USA); Stärkung höhere Berufsbildung.

- **Bildungs-, Forschungs- und Innovationsminister mit Durchschlagskraft:** Vollsozialisierung Horizon2020 gesichert; Zusammenführung aller Bildungsthemen auf Bundesebene ins neue SBFI; Weiterbildung Geringqualifizierte gestärkt; Realisierung des Projekts «Innovationspark Schweiz»; Gründung Innosuisse (Nachfolgeorganisation KTI); Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz geschaffen.

- **Fürsprecher für die gelebte Sozialpartnerschaft:** Verfechter des Dialogs zwischen Arbeit-



Beste Bildungsmöglichkeiten für die zukünftigen Generationen liegen Johann Schneider-Ammann besonders am Herzen.

ber und Arbeitnehmer und damit Grundlage für Arbeitsfrieden als bedeutender Standortvorteil; GAV statt starre Gesetze; Bekämpfer von mehr Regulierung im Arbeitsmarkt (z. B. 1:12-Initiative, Ausbau Kündigungsschutz).

- **Sieger in Volksabstimmungen:** 8 von 9 Abstimmungen gewonnen, u. a. Mindestlohn, 1:12, Liberalisierung Tankstellen, Stipendien, Nahrungsmittelspekulation, Ernährungssicherheit und -souveränität.

- **Reformator der Landwirtschaft:** Mit AP14–17 erfolgreiche Weichenstellung für stärkere Ausrichtung auf Markt und Verfassung; bot als erster Landwirtschaftsminister seit Jahren den Bauern die Stirn und bleibt auf Öffnungskurs.

# Kompetenz, Konkordanz, Kollegialität

## Der Weg zur Bundesratsersatzwahl

Die FDP verfügt über hervorragend qualifizierte Personen auf allen politischen Ebenen. Wie aber wird entschieden, wer im Bundesrat an die Stelle von Johann Schneider-Ammann treten wird? Was Sie über den Weg hin zur neuen Bundesrätin oder zum neuen Bundesrat wissen müssen.

Die geeignete Person ist glaubwürdig, medial gewandt und in der Bevölkerung verankert. Sie ist zudem durchsetzungsfähig und legt trotzdem Wert auf eine konsensorientierte Politik: Für die Suche nach der idealen Nachfolge von Bundesrat Schneider-Ammann hat die FDP ein klares Anforderungsprofil definiert. Die Kantone und die der FDP nahestehenden Organisationen waren eingeladen, Kandidierende mit einwandfreiem Leumund und umfassendem Leistungsausweis vorzuschlagen, welche ihr Engagement für die FDP seit Jahren unter Beweis stellen.

Im Mittelpunkt des gesamten Nominationsprozesses stehen immer die bewährten drei «K»: Kompetenz, Konkordanz und Kollegialität. Sie sind die zentralen Voraussetzungen für eine Wahl. Nachdem die Kantone ihre Kandidatinnen und Kandidaten nun definiert haben, werden Regierungsrat Christian Amsler, Ständerätin Karin Keller-Sutter und Ständerat Hans Wicki von der eingesetzten Prüfungskommission in Augenschein genommen. Sie überprüft die Kandidierenden und stellt einen einwandfreien Leumund im politischen, beruflichen und privaten Leben sicher.

### Kommen Sie vorbei!

Die potenziellen Nachfolger von Bundesrat Schneider-Ammann werden aber nicht nur hinter verschlossenen Türen geprüft: Die Kandidierenden können sich auch an verschiedenen Roadshows der Öffentlichkeit präsentieren (Termine siehe unten). Für Interessierte ist das die ideale Gelegenheit, sich selber ein Bild zu machen, ihnen Fragen zu stellen.

Die Fraktion wird schliesslich am 16. November die Nomination des «Tickets» vornehmen: Die dort getroffene Auswahl stellt sich zuerst den Hearings der verschiedenen Fraktionen und schliesslich der Wahl am 5. Dezember.

### Zeitplan

**12. und 14. November**  
Roadshows

Vorsessionale Fraktionssitzung: Anhörung der Kandidierenden und Definieren des Tickets

**27. November und 4. Dezember**  
Hearings bei den anderen Fraktionen

**5. Dezember**  
Bundesratsersatzwahl

**12. Januar**  
Delegiertenversammlung; Verabschiedung BR Johann Schneider-Ammann

**FDP**  
Die Liberalen

Lernen Sie unsere Bundesrats-Kandidaten kennen.  
Gemeinsam weiterkommen.

www.fdp.ch  
Twitter Facebook Instagram LinkedIn

**Christian Amsler**

**Karin Keller-Sutter**

**Hans Wicki**

**12. Nov. 19:30 Uhr**  
Kongresshaus Liebestrasse, Winterthur

**14. Nov. 18:30 Uhr**  
salle Aula Magna du Château, Yverdon



# Engagierte Exekutivarbeit

Bundesratskandidat Christian Amsler

Es ist eine seltene Chance für Schaffhausen: Mit Regierungspräsident Christian Amsler könnte der Kanton ganz im Norden der Schweiz erstmals einen Bundesrat stellen. Mit Amsler wurde von der FDP Schaffhausen denn auch ein sehr versierter, vielseitiger und erfahrener Exekutivpolitiker zum Bundesratskandidat nominiert.

Die FDP des Kantons Schaffhausen freut sich sehr, mit dem Schaffhauser Regierungspräsidenten Christian Amsler offiziell in die Bundesratswahlen einsteigen zu dürfen. Es ist für den Kanton ennet dem Rhein eine historische Chance: Schaffhausen konnte noch nie in der Geschichte der Eidgenossenschaft einen Bundesrat stellen!

Mit dem 54-jährigen FDP-Regierungsrat Christian Amsler verfügen die Schaffhauser Freisinnigen über einen versierten, vielseitigen und erfahrenen Exekutivpolitiker. Seit 2010 ist Christian Amsler Mitglied der Schaffhauser Regierung und steht dem Bildungsdepartement mit den Bereichen Bildung, Sport, Kultur, Kirchenwesen, Familie und Jugend, sowie Aussenbeziehungen vor.

### Ausgezeichnetes Netzwerk

Neun Jahre lang war er Gemeindepräsident seiner Wohngemeinde Stetten und acht Jahre Kantonsrat, Fraktionspräsident der FDP-JF-CVP-Fraktion und vor seiner Wahl in die Regierung auf der Präsidentenlaufbahn als 2. Vizepräsident des Schaffhauser Kantonsrates. 2018 präsidiert er nach 2014 zum zweiten Mal die Schaffhauser Regierung. Regie-

rungsrat Christian Amsler verfügt über ein ausgezeichnetes nationales Netzwerk, war er doch unter anderem vier Jahre Präsident der Konferenz der Erziehungsdirektoren der Deutschschweiz, aktuell Schaffhauser Vertreter in der Konferenz der Kantone KdK und Vorstandsmitglied der ch-Stiftung.

Christian Amsler war vor seinem Eintritt in die Schaffhauser Kantonsregierung Prorektor der Pädagogischen Hochschule Schaffhausen. Der ausgebildete Lehrer und Schulleiter ist verheiratet mit Liliane Amsler-Baltiswiler und Vater von drei erwachsenen Kindern. Im Militär bekleidete er den Rang eines Obersten und war Mitglied im Zentralvorstand der SOG und Präsident der KOG Schaffhausen.

### Zeitfenster stimmt

Der vielfältige Erfahrungsschatz macht Christian Amsler zu einem glaubwürdigen Kandidaten für den Bundesrat – Schaffhausen muss sich nicht verstecken. Auch das Zeitfenster stimmt: Die drei Kinder sind erwachsen und stehen gestärkt im Leben, und mit Freude steht ihr Vater im neunten Jahr als Schaffhauser Regierungsrat. Der Entscheid zur Kandidatur war denn auch wohlüberlegt.

### Steckbrief

Bürger von Schaffhausen SH und Schinznach Dorf AG, Wohnhaft in Stetten SH  
Verheiratet mit Liliane Amsler-Baltiswiler, Lehrerin, Familienfrau; Vater von drei erwachsenen Kindern: Tochter Selina 1992 (Jungfreisinnige), Sohn Florian 1993, Sohn Ueli 1995

### Beruf vor der Wahl in Regierungsrat

Prorektor Weiterbildung und Dienstleistungen  
Pädagogische Hochschule Schaffhausen PHS

### Politik

- 1987–1993: Präsident der Liberalen Vereinigung Stetten
- 2000–2009: Gemeindepräsident von Stetten SH; Mitglied Kantonalvorstand, Vizepräsident FDP Kanton SH
- 2003–2010: Kantonsrat, Fraktionspräsident, 2. Vizepräsident
- Seit 2010: Regierungsrat, Vorsteher des Erziehungsdepartementes mit Bildung, Kultur, Sport, Aussenbeziehungen, Familien- und Jugendpolitik und Kirchen
- 2013–2016: Präsident Deutschschweizer Konferenz der Erziehungsdirektoren und Aufsichtsrat der Interkantonalen Lehrmittelzentrale; Präsident der Internationalen Bodenseekonferenz (2018), der Hochrheinkommission (2017 und 2018) und des Vereins Agglomeration Schaffhausen VAS
- 2014/2018: Regierungspräsident

### Militär

- Oberst ausser Dienst (aD)
- 1993–1997: Mitglied im Zentralvorstand der Schweiz. Offiziersgesellschaft
- 1993–1998: Präsident der Kantonalen Offiziersgesellschaft Schaffhausen

### Ein Brückenbauer

Christian Amsler steht für eine FDP des Brückenbauens, der gesellschaftlichen Fragen, der Kinder und Jugendlichen, der Familie, der Bildung, der Umweltfragen. Ihm ist es ein wichtiges Anliegen, zu zeigen, dass die FDP viel mehr umfasst als nur Fragen der Finanzen, der Steuern und der Wirtschaft, wie der FDP immer wieder vorgeworfen wird. Der Vollblutpolitiker leistet Tag für Tag mit Herz engagierte Exekutivarbeit im Dienste der Bürgerinnen und Bürger.

### Marcel Sonderegger

Präsident FDP. Die Liberalen Schaffhausen



# «Mich in den Dienst des Landes stellen»

Bundesratskandidatin Karin Keller-Sutter

Karin Keller-Sutter wurde von ihrer Kantonalpartei einstimmig als Bundesratskandidatin nominiert. Die 54-jährige Ständeratspräsidentin bringt die nötige Kompetenz und Erfahrung für das höchste Amt mit. Ihr klarer innerer Kompass ist ein Garant für eine freisinnig-liberale Politik zu Gunsten des ganzen Landes.

Am 20. Oktober nominierten über 300 St.Galler Freisinnige Karin Keller-Sutter als Bundesratskandidatin zu Händen der FDP. Die Liberalen Schweiz. In seiner Rede unterstrich der St.Galler Kantonalpräsident Raphael Frei Folgendes: «Bei Karin Keller-Sutter geht es nicht primär darum, dass sie aus der Ostschweiz stammt. Es geht auch nicht darum, dass sie eine Frau ist. Es geht alleine darum, dass sie überaus kompetent, erfahren, dossierfest, vernetzt und lösungsorientiert ist.»

### Eindrucklicher Werdegang

Keller-Sutter wurde am 22. Dezember 1963 geboren und wuchs in einer Gewerbefamilie auf. Sie durchlief einen reichhaltigen Bildungsweg mit Studien in Zürich, London und Montréal und war bis zu ihrer Wahl in die St.Galler Regierung im Jahr 2000 als selbstständige Übersetzerin, Konferenzdolmetscherin und Lehrbeauftragte tätig. Heute führt sie verschiedene Mandate in der Privatwirtschaft aus. Unter anderem ist sie Verwaltungsrätin der börsenkotierten Baloise Group. 1992 wurde sie in den Gemeinderat der Stadt Wil und 1996 in den

Kantonsrat gewählt. In ihrer späteren Funktion als Regierungsrätin war sie insgesamt zwei Mal Regierungspräsidentin. 2011 wurde sie in den Ständerat gewählt, den sie 2017/2018 auch präsidiert.

### Gut vernetzt in der Wirtschaft

«Keller-Sutter bringt neben ihrem politischen Rucksack auch eine langjährige Erfahrung aus der Wirtschaft mit. Dies ist angesichts der aktuellen Ausgangslage umso relevanter. Denn nach dem Rücktritt von Bundesrat Schneider-Ammann fehlt die Sicht der Wirtschaft im Bundesrat grösstenteils», sagte Nationalrat Marcel Dobler und hielt weiter fest: «Nie hat sie aber den Blick für das Gesamte verloren, weshalb sie im Parlament in vielen wichtigen Dossiers zu mehrheitsfähigen Kompromissen beigetragen hat.»

### «Freiheit vor Gleichheit»

Karin Keller-Sutter hat einen starken liberalen Kompass. Ihre politischen Grundüberzeugungen zur Beurteilung politischer Fragen fasst sie jeweils wie folgt zusammen: «Privat vor Staat», «Erwirt-

### Steckbrief

Geboren am 22. Dezember 1963  
Verheiratet, wohnhaft in Wil SG

### Ausbildung und Beruf

1970–1982: Schulen in Wil und Neuchâtel  
1982–1983: Studienaufenthalt in London  
1984–1989: Studium als dipl. Übersetzerin und dipl. Konferenzdolmetscherin, Zürich  
1986–1987: Ein Semester Politikwissenschaft an der Université de Montréal, Kanada  
1994–1996: Nachdiplomstudium in Pädagogik, Universität Fribourg  
1989–2000: selbständige dipl. Übersetzerin/dipl. Konferenzdolmetscherin sowie Lehrbeauftragte an den Berufsschulen St. Gallen

### Politische Stationen

1992–2000: Gemeinderätin Wil  
1997: Präsidentin Stadtparlament Wil  
1995–2000: Vorstand kantonalen Gewerbeverband St. Gallen  
1996–2000: Kantonsrätin  
1997–2000: Präsidentin der FDP des Kantons St. Gallen  
2000–2012: Regierungsrätin des Kantons St. Gallen (Sicherheits- und Justizdepartement), stellvertretende Finanzdirektorin  
2006/2007: Regierungspräsidentin des Kantons St. Gallen  
2010–2012: Vertreterin St. Gallens in der Konferenz der Kantonsregierungen  
2010–2012: Präsidentin der KKJPD  
Seit 2011: Ständerätin Kanton St. Gallen  
2017/18: Ständeratspräsidentin

schaften vor Verteilen» sowie «Freiheit vor Gleichheit». Dieser Kompass hindert sie aber nicht daran, gemeinsam mit anderen Lösungen im Sinne der Sache zu suchen. Die Schweiz steht in den nächsten Jahren vor grossen Herausforderungen. Wenn Stärken nicht nur bewahrt, sondern auch ausgebaut und tragfähige Lösungen angestrebt werden sollen, braucht es Menschen im Bundesrat, welche die Interessen der Schweiz über alle anderen Interessen stellen. Dazu ist Keller-Sutter bereit: «Es wäre mir eine grosse Ehre und Freude, mich für unser Land in dieser verantwortungsvollen Position einzusetzen. Ich bin bereit, mich vorbehaltlos in den Dienst unseres Landes zu stellen.»

### Christoph Graf

Geschäftsführer und Fraktionssekretär FDP SG



# Ein Freisinniger durch und durch

Bundesratskandidat Hans Wicki

Ein Macher will es wissen: Der Nidwaldner Ständerat Hans Wicki (54) möchte in den Bundesrat. Wer ist dieser Mann, der dem Urschweizer Kanton erstmals zu einem Bundesratssitz verhelfen kann?

Hans Wicki ist ein Winnertyp. Wenn er etwas anpackt, dann richtig. Fast immer führt diese Zielstrebigkeit auch zum Erfolg. Das hat der Hergiswiler Politiker und Unternehmer schon mannigfaltig bewiesen. Diese Eigenschaften haben wohl auch mit dem sportlichen Hintergrund zu tun: Seine Frau Monika Wicki-Hess (54) stammt aus der Skifahrerinnen-Dynastie Hess. Monika ist die jüngere Cousine der legendären Seriensiegerin Erika Hess und war ebenfalls eine Spitzenfahrerin – mit immerhin einem Weltcup-Sieg.

### Ein grosser Rucksack

Hans Wicki bringt einen attraktiven Rucksack mit ins Rennen um die Nachfolge des höchst verdienten FDP-Bundesrates Johann Schneider-Ammann. Nicht einfach einen normalen Tagesausflugsrucksack, sondern einen dreiteiligen Expeditionsrucksack. Ein seltenes Exemplar!

Im ersten Fach steckt seine legislative Erfahrung als Nidwaldner Ständerat – mit einem kantigen,

liberalen Profil. Im zweiten Fach ist seine langjährige Exekutiv-Erfahrung untergebracht – als Hergiswiler Gemeindepräsident sowie als Nidwaldner Regierungsrat und Baudirektor. Im dritten Fach blickt er auch noch auf eine anspruchsvolle unternehmerische Tätigkeit im In- und Ausland zurück. Hans Wicki weiss, was es heisst, jeden Tag für die Löhne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sorgen zu müssen.

### Freisinniger durch und durch

Dabei ist er geblieben, was er immer war: Ein Freisinniger durch und durch. Er besitzt die notwendige Kraft, das liberale Gedankengut in den Bundesrat zu tragen: Hans Wicki setzt sich ein für optimale Rahmenbedingungen zur Sicherung des Wohlstandes und stärkere Eigenverantwortung, weil die unabdingbar ist für mehr Wettbewerb und gesunde Finanzen. Er steht für eine nachhaltige Sicherung der Sozialwerke und kämpft gegen jegliche Art von Etatismus, der die weltweite Spitzenposition unse-

### Steckbrief

Wohnort: Hergiswil NW  
 Geburtsdatum: 18. Februar 1964  
 Familie: Verheiratet, 2 Kinder  
 Erlernter Beruf: Lic. oec. publ.

### Berufliche Stationen

1987–1990: Migrosbank Zürich  
 1990–1992: UBS Zürich  
 1998–2000: Schindler Management AG, Hergiswil  
 2000–2010: PFISTERER-Gesellschaften  
 VR-Mandate: PFISTERER, Robertson Associates AG, Bergbahnen Engelberg-Trübsee-Titlis AG, Schurter Holding AG, Schindler Aufzüge AG, Auto Holding AG  
 2016–: PERSPEKT GmbH, Geschäftsführer und Inhaber

### Politische Stationen

2000–2006: Gemeinderat Hergiswil  
 2006–2010: Gemeindepräsident Hergiswil  
 2010–2016: Regierungsrat des Kantons NW, Baudirektor; Landammann 2015/2016  
 2015–: Ständerat des Kantons Nidwalden; Mitglied in Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur; Sicherheitspolitische Kommission; Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen

rer Wirtschaft gefährdet. Hans Wicki sagt es so: «Wir müssen wieder lernen, für die kommenden Generationen Politik zu machen.»

### Urschweiz stellte erst einen Bundesrat

Der Nidwaldner Ständerat möchte, sollte er auf Ticket der FDP kommen und gewählt werden, auch für den Erhalt unseres föderalistischen Staatsaufbaus kämpfen.

Dazu gehört für Hans Wicki auch eine ausgewogene Vertretung der Regionen und Kantone in der Landesregierung. Und da hat er allen Grund zu kandidieren. Ausgerechnet die Urschweiz, das Kernstück der Eidgenossenschaft, stellte mit Ludwig von Moos aus Obwalden in der 170-jährigen Geschichte des modernen Bundesstaates gerade mal einen Bundesrat. «Eigentlich ein Unding – die Zeit ist überreif für Nidwalden!», meint auch Parteipräsident Stefan Bosshard.

### Stefan Bosshard

Präsident der FDP. Die Liberalen Nidwalden und Mitglied der FDP Fraktion im Landrat

# Zukunft der Städte, Digitalisierung und Gesundheitswesen

## Studienreise nach Singapur, Jakarta und Bali

Interesse?

Anmeldung  
bis 09.12.2018



Foto: CPG Khoo Puat Hospitals, Jonathan Ng Ming En

Die Zukunft liegt in Asien. Wir besichtigen bei dieser geführten Reise erstaunliche Projekte in drei Städten und diskutieren mit Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, was die Schweiz davon lernen kann. Ihre Reise begleiten:



### Dr. Remo Burkhard

Reiseleitung. Initiierte und organisierte die erste STIP Reise im Jahr 2017. Seit 2010 Managing Director des Singapore-ETH Centre.



### Doris Fiala, Nationalrätin FDP

Nationalrätin FDP. Die Liberalen und Mitglied der Schweizer Delegation am Europarat. Arbeitet an Lösungen für Entwicklungen der Zukunft.



### Prof. Dr. Thomas Schröpfer

Professor und assoziierter Gründungsdekan des Bereichs Architektur und Nachhaltiges Entwerfen an der Singapore University of Technology and Design.



### Christoph Lang

Geschäftsführer der Flughafenregion Zürich.

### Die Eckdaten im Überblick

Teilnehmende	Min. 12, max. 18 Personen
Preis	CHF 6'450.– (pro Person im EZ), mit Preiszuschlag für Businessklasse.
Reisedatum 1	17.–25.4.2019 Abflug ab Zürich: Mittwoch, 17.4.2019 um 11.45 Uhr Rückkehr in Zürich: Donnerstag 25.4.2019 um 08.15 Uhr
Reisedatum 2	22.–30.5.2019 Abflug ab Zürich: Mittwoch, 22.5.2019 um 11.45 Uhr Rückkehr in Zürich: Donnerstag 30.5.2019 um 08.15 Uhr

Bei zu wenig Anmeldungen wird die Reise nicht oder nur am Datum mit mehr Anmeldungen durchgeführt. Über die Durchführung wird vor Ende 2018 informiert. Sprachen: Deutsch/Englisch.

Individuelle Verlängerung auf Bali möglich.

## Kontakt

### Reiseinhalt

ETH Singapore  
Singapore-ETH Centre  
1 CREATE Way #6-01  
Singapore, 138602  
<http://www.sec.ethz.ch>  
Dr. Remo Burkhard  
[remo.burkhard@sl.ethz.ch](mailto:remo.burkhard@sl.ethz.ch)

### Reiselogistik

Twerenbold Reisen AG  
Frau Kathy Malka  
[groups@twerenbold.ch](mailto:groups@twerenbold.ch)

### Reiselogistik

Twerenbold Reisen AG  
Frau Kathy Malka  
[groups@twerenbold.ch](mailto:groups@twerenbold.ch)

### Anmeldung

[groups@twerenbold.ch](mailto:groups@twerenbold.ch)

Eine von mehreren bewegenden Standing Ovationen für Bundesrat Johann Schneider-Ammann.



# Eine liberale Vision für die Schweiz, unsere Heimat

## Delegiertenversammlung in Pratteln

Mehr Bilder auf [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

300 Delegierte der FDP. Die Liberalen fanden Ende September den Weg zur vierten und letzten Versammlung des laufenden Jahres. Sie beschlossen einstimmig eine liberale Vision für die Schweiz und ehrten Bundesrat Schneider-Ammann, der nur wenige Tage zuvor seinen Rücktritt bekannt gegeben hatte, mit bewegendem Applaus.

Die Schweiz ist dank langer, harter Arbeit und richtigen Entscheiden heute ein Erfolgsmodell. Dieses Erfolgsmodell zu sichern und in die Zukunft zu tragen, ist die grosse Aufgabe – von uns als Partei, als Freisinnige, als Land. Schliesslich ist die Schweiz unsere Heimat. Die rund 320 Delegierten beschlossen am 29. September 2018 in Pratteln BL einstimmig eine liberale Vision mit sieben Zielen für die Schweiz. Im Zentrum dieser Vision steht der Begriff «Heimat». Sie ist die konsequente Weiterentwicklung der Zukunftsstrategie aus dem Jahr 2015: Sie legt die politischen Grundsätze fest und bildet den inhaltlichen Rahmen für den Wahlkampf 2019. Besuchen Sie die Webseite der FDP, und finden Sie mehr heraus.

### Standing Ovationen für einen Politiker und Unternehmer mit enormem Leistungsausweis

Nach acht Jahren im Bundesrat beendet Johann Schneider-Ammann auf Ende 2018 eine aussergewöhnliche politische Karriere als Nationalrat und als Vorsteher des Wirtschafts-, Bildungs- und For-

schungsdepartements. Die FDP bedauert diesen Schritt und dankt ihm ganz herzlich für sein unermüdetes und langjähriges Engagement zum Wohl der Schweiz. Die Delegierten ehrten ihn mit bewegenden Standing Ovationen. Bundesrat Johann Schneider-Ammann wird an der Delegiertenver-



Nationalrat und Fraktionspräsident Beat Walti präsentierte die Vision der FDP.

sammlung am 12. Januar 2019 in Genf würdig verabschiedet.

### Ablehnung der Selbstbestimmungs-Initiative – Ja zur Bekämpfung von Versicherungsbetrug

Gegen Ende der Versammlung beschlossen die Delegierten die Parolen für die nächsten Abstimmungsvorlagen vom 25. November 2018. Sie sprachen sich mit überwältigender Mehrheit gegen die populistische Selbstbestimmungs-Initiative aus. Zudem unterstützten sie klar die Änderung des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG). Die Änderung ermöglicht eine schärfere Bekämpfung von Versicherungsbetrug.



Die Delegierten der FDP sprachen sich klar und deutlich gegen die SBI aus.



Kacem el Ghazzali kam als politischer Flüchtling in die Schweiz und wandelte sich vom Marxisten zum Liberalen. Er ist seit einem Jahr Mitglied der FDP Zürich. Ein Gespräch über die Freiheit, die Linke und den Islam.

**Kacem, Sie rufen Marokkaner, die den Ramadan nicht befolgen, dazu auf, in sozialen Medien Bilder von sich selbst beim Essen zu posten. Weshalb?** Die Existenz von sexuellen, religiösen oder anderen gesellschaftlichen Minderheiten wurde in Marokko vorher schlicht gelehrt. Auch in der Wahrnehmung vieler Europäer ist die islamische Welt ein homogener Block ohne innerliche Konflikte. Mit solchen Aktionen können wir zeigen, dass Andersdenkende existieren und wahrgenommen werden. Wieso sollte man das Nichteinhalten des Ramadans kriminalisieren? Wieso sollte man sich beim Essen verstecken müssen?

**Für Ihren Einsatz für mehr Freiheit mussten Sie teuer bezahlen.** Als Schüler engagierte ich mich für die Freiheit und Menschenrechte und schrieb in meinem Blog religionskritische Artikel. Meine Gesell-

schaftskritik kannte keine roten Linien, was viele geärgert hat und mir Todesdrohungen einbrachte. Ich wurde aus der Schule ausgeschlossen, musste mein Dorf verlassen und in Casablanca und Rabat untertauchen. Ein Freund riet mir, aus Marokko zu fliehen, und er sagte mir, es gebe nur ein einziges Land, wo ich bei einer Botschaft Asyl beantragen kann: die der Schweiz.

**Zunächst waren Sie wenig begeistert ...** Ich lachte daher zuerst über diesen Gedanken, denn die Schweiz war für mich als Linker damals eigentlich ein kapitalistisches Feindbild; das Land, das Guevara den «Kopf des kapitalistischen Monsters» nannte. Ich hatte dann aber ein langes Gespräch mit dem Schweizer Botschafter in Marokko und konnte ihm belegen, dass ich Schutz brauche. Ich hatte zunächst dennoch wenig Hoffnung. Nach ein paar

Wochen bekam ich aber einen Brief aus Bern und durfte in die Schweiz kommen.

**Sie haben sich in der Schweiz am Anfang nicht immer wohlgefühlt – weshalb?** Zwischen 2011 und 2013 hatte ich in der Schweiz den Status eines Asylbewerbers; ich hatte keine Chance, einen Deutschkurs zu besuchen oder etwas Nützliches zu machen ausser zu warten und auf Arabisch über die Entwicklungen des Arabischen Frühlings zu schreiben. Der Westen war für mich das Sehnsuchtsland freier Gedanken und der Aufklärung. Ich merkte bald, dass mein Bild zu stark idealisiert war. Als ich hierherkam, war ich viel unterwegs in linken Kreisen. Und es hat mich schockiert, welche Haltungen ich hier antraf – insbesondere die verteidigende Haltung gegenüber dem politischen Islam. Ich fühlte mich dort schnell unwohl.

**Warum das?** Ich fühlte mich nicht wie ein ebenbürtiges und eigenverantwortliches Individuum behandelt, sondern wie ein Kind, das ständig Schutz und Hilfe braucht und den Gottesdienst mit seiner Kritik nicht stören darf. In solchen Kreisen wird jegliche Kritik an Flüchtlingen bzw. Migranten tabuisiert. Als ich etwa das Problem muslimischer Asylsuchender thematisierte, die andere wegen ihrer Religion oder sexuellen Ausrichtung belästigen, schenkten mir viele Linke kein Gehör. Laut ihrer Logik darf man solche Probleme nicht publik machen. Wenn man dies tut, wird man zu einem Rassisten, der den Rechten Argumente liefert.

Ich erinnere mich auch, wie ich eines Tages zur Sozialhilfestelle ging und sagte: «Ich bin jung, ich will etwas leisten. Bitte helft mir, einen Job zu finden, auch wenn er ehrenamtlich wäre.» Die Antwort war, ich müsse mir keine Gedanken machen. Ich könne problemlos fünf, sechs, gar acht Jahre Sozialhilfe beziehen.

**Wann änderte sich Ihre politische Haltung – vom Linken zum Liberalen?** Liberal war ich immer. In Marokko waren das Individuum und seine Rechte im Zentrum meines Engagements. Was aber das Wirtschaftliche betrifft, muss ich ein praktisches Beispiel machen: Die Linke in Europa greift internationale Firmen an. Wir Linke in Marokko freuten uns immer, wenn internationale Unternehmen zu uns kamen – sie gaben vielen Menschen Jobs und Perspektiven. In Marokko herrschen aber andere Verhältnisse. Was wir als Linke damals verlangten, ist für Liberale in Europa heute unbestritten – zum Beispiel ein geregeltes Arbeitsrecht. Die Linke hierzulande ist sehr dogmatisch, Kapitalismus ist ihr Feindbild. Die Linke in der muslimischen Welt ist da viel pragmatischer.

**Sie würden also die SP nicht wählen?** Nein. Die Linke in Europa ist eigentlich rechts geworden.

Kulturkampf-Begriffe der Rechten – Kulturrelativismus, Identitätspolitik – werden zunehmend übernommen. Zwar verdankt Europa seine Errungenschaften teilweise auch der Linken. Aber auf grosse Herausforderungen der Zukunft hat die Linke für mich als jungen Mann keine passenden Antworten: Digitalisierung; Zusammenleben in einer bewusst liberalen Gesellschaft, die ihre Werte verteidigt; realistische Migrationspolitik, Integration und Wertevermittlung, Toleranz und ihre Grenzen. Da sind echt liberale Lösungen für mich alternativlos.

**A propos liberal – fehlt es im Islam an einer aufklärerischen Bewegung?** Modernisierung und die islamische Welt sind nicht zwingend ein Widerspruch. In der langen Geschichte des Islam gab es immer die Stimmen, die für philosophische Aufklärung einstanden. Die Frage ist: Wieso haben sich diese reformatorischen Strömungen nicht durchgesetzt? Diese hartnäckige Resistenz gegenüber Modernisierung und Aufklärung liegt nicht zuletzt auch im Islam als Religion selbst, und zwar beim politischen Islam. Unsere Probleme damit sind nicht vom Himmel gefallen. Liberale, säkulare Muslime wie Elham Manea, Ahmed Mansour oder Seyran Ates sehen das, üben Selbstkritik und nennen das Kind beim Namen.

**Wie kann der Freisinn diese Debatte unterstützen?**

Die FDP als Partei könnte säkulare Muslime unterstützen, indem sie die Debatte zurück in die Mitte der Gesellschaft holt. Wir brauchen einen Ausweg aus der Polarisierung von Links und Rechts, es braucht einen liberalen Pol. Bei allen politischen Fragen – von Burka über radikale Imame bis zum Kopftuch in Schulen und den Handschlag – sollten säkulare Muslime in die Diskussion eingebunden werden. Wenn wir Muslime als ebenbürtige Bürger verstehen und behandeln, verstehen wir auch deren Sorgen und Probleme. Dadurch wird die Kritik am Islam zu einer legitimen schweizerischen Angelegenheit. Anstatt als Gesellschaft zu trennen zwischen «Wir und Sie», sollten wir mit den Muslimen als Bürger unseres Landes reden – durch die Verfassung mit ihren Rechten und Pflichten. Das wäre eine vernünftige Herangehensweise.

**Sollten jegliche religiösen Symbole aus Schulen verbannt werden?** Ich wünschte mir, dass man hier nicht alles in einen Topf wirft. Es gibt religiöse Symbole. Es gibt aber auch Symbole, die als religiöse Symbole angesehen werden und gleichzeitig Werkzeuge von Sexismus und Unterdrückung sind. Ich persönlich bin prinzipiell gegen ein Kreuz in Schulräumen. Aber ich lehne es ab, ein Kreuz mit einem Kopftuch zu vergleichen – Letzteres ist eine spezifische Diskriminierung des Geschlechts.

Zudem: Das Kind ist sprachlich gesehen ein Neutrum, hat kein Geschlecht. Ein Kopftuch sexua-

## «Integration misst sich nicht nur an Sprache und Arbeit.»

liert das Kind und verhindert eine normale, neutrale Entfaltung des Kindes. Hier stellt sich die Frage, was wir Liberale höher gewichten: die ideologische Überzeugung der Eltern oder das Recht auf freie Entfaltung des Kindes.

**Es gibt auch Frauen, die die Burka aus religiöser Überzeugung tragen.** Das mag sein. Mit ihnen habe ich aber wenig Mitleid, denn sie grenzen sich selbst aus. Sie unterstützen eine extreme Ideologie. Und es gibt tatsächlich auch die Frauen, die gezwungen werden, solche Burkas zu tragen. Zwar verbietet das Gesetz die Unterdrückung der Frau. Aber in solchen Gemeinschaften sind Frauen das schwächste Glied. Wie soll man von einer unterdrückten Frau erwarten, dass sie sich wehrt, wenn sie nicht über die Mittel zu Selbstemanzipation und Unabhängigkeit verfügt? Frauen und Mädchen, die den Schleier ablegen, werden oft bedroht, angegriffen



Kacem el Ghazzali

und sozial ausgegrenzt. Ich kenne das auch aus persönlicher Erfahrung.

**Es besteht in der Schweiz eine grosse Angst vor Parallelgesellschaften. Moscheen und Imame werden zum Teil aus dem Ausland finanziert.** Das ist ein grosses Problem. Insbesondere die Finanzierung von Vereinen oder Moscheen durch Staaten, die systematisch die Menschenrechte verletzen oder sogar terroristische Organisationen unterstützen. Darauf sollte die Politik Antworten finden. Aber auch hier: Mit populistischen Lösungen kommen wir nicht weiter, wir müssen gangbare Kompromisse finden.

**Mehrere Kantone tendieren in Richtung Anerkennung des Islam. Könnte das ein Weg sein in Richtung Säkularisierung des Islam und gelungener Integration?** Unsere Aufgabe als Liberale ist, die individuelle Freiheit zu stärken und nicht das religiöse Kollektiv. Ich denke nicht, dass man einen Menschen durch die Religion integrieren kann oder muss. Viele Muslime und Andersgläubige in diesem Land haben sich mit Eigenverantwortung erfolgreich integriert.

Der Erfolg von Integration hängt weniger von religiösen denn von Werten der europäischen Moderne ab – indem die Religion eine persönliche Sache ist und nicht die sozialen Beziehungen darüber definiert werden. Die Freiheit des Individuums macht Menschen kreativer, die Wissenschaft fortschrittlicher und lässt die Wirtschaft florieren. Das ist unsere «Leitkultur». In einer von liberalen Werten geprägten Gesellschaft sollten wir diese Leitwerte als Gebot für neuankommende Migranten aufstellen. Nur dadurch können sie sich integrieren. Integration misst sich nicht nur an Sprache und Arbeit. Es gibt auch eine emotionale Integration, eine Identifikation mit diesem Land und seinen Grundrechten und -werten. Wirklich integriert ist, wer die Rechte und Pflichten des Landes nicht nur akzeptiert, sondern auch zu verteidigen bereit ist.

**Das Gespräch mit den Individuen soll also über die Verfassung geführt werden und nicht über Religionen.** Genau. Von einer Anerkennung des Islam als Religion in der Schweiz wird wohl nur der politische Islam profitieren. Dessen Exponenten versuchen, sich als offizielle Vertreter aller Muslime in der Schweiz zu präsentieren. Es könnte patriarchale Strukturen und Bürokratie sogar verstärken.

Wir brauchen religiösen Gemeinschaften keine Sonderrechte einzuräumen – jeder ist seines Glückes Schmied.



# Sozialversicherungsmissbrauch bekämpfen

Ja zum ATSG

Am 25. November stimmen wir über das Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts ab (ATSG). Damit soll eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, um Sozialmissbräuche wirkungsvoll zu bekämpfen. Für die FDP als Partei des Fortschritts ist die Nutzung moderner Technologie mit richterlicher Genehmigung eine Chance, Sozialmissbrauch wirksam zu bekämpfen und gleichzeitig das Vertrauen der Bevölkerung in die Sozialversicherungen zu stärken.

Mit dem ATSG sollen Träger der Sozialversicherungen (insbesondere die IV-Stellen, die Suva und private UVG-Versicherer) unter klaren Vorgaben und bei schwerem Missbrauchsverdacht Versicherte besser überwachen können. Für die FDP als Partei des Fortschritts ist die Nutzung moderner Technologie mit richterlicher Genehmigung keine Bedrohung, sondern eine Chance, wirksam gegen Sozialmissbrauch vorzugehen und sicherzustellen, dass die Bevölkerung den Sozialversicherungen weiterhin vertrauen kann.

Es ist gerade mal gut hundert Jahre her, als in der Schweiz heftig über die Einführung einer Unfallversicherung debattiert wurde. Erst im zweiten Anlauf befürwortete das Stimmvolk die Einführung dieser ersten Sozialversicherung in der Schweiz. Heute ist es kaum mehr vorstellbar, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht gegen Un-

fälle versichert sein sollen. Diese Selbstverständlichkeit darf uns jedoch nicht davon abhalten, zu diesen Errungenschaften Sorge zu tragen. Das Vertrauen in unsere Sozialwerke gilt es zu schützen.

### Wirksam Missbräuche aufdecken

Die Versicherten müssen sich darauf verlassen können, im Schadenfall ihre berechnete Leistung zu erhalten. Als Beitragszahlerinnen und -zahler müssen sie ebenso darauf vertrauen können, dass ihre Gelder korrekt eingesetzt werden. Die Sozialversicherer haben dazu den gesetzlichen Auftrag,

### Faktencheck: Die Zahlen 2014 bis 2016

Anzahl neuer Fälle/Jahr (Private Versicherer, IV, Suva)	350
Eingesparte Summe/Jahr	80 Mio. CHF
Eingesparte Summe/Fall	340 000 CHF
Bestätigungsquote (Verdacht bestätigt)	65 Prozent

Quelle: Schweizerischer Versicherungsverband

einen Leistungsanspruch sorgfältig abzuklären. Leider gibt es immer wieder Fälle, bei denen festgestellt wird, dass Versicherungsleistungen unberechtigt bezogen werden. Drei Viertel dieser Missbrauchsfälle könnten mit wirksamen Massnahmen verhindert werden.

### Präventive Wirkung

Eine konsequente Bekämpfung von Sozialmissbrauch wirkt auch präventiv. Zu wissen, dass ein Verdacht konsequent aufgeklärt wird, kann kriminelle Energie eindämmen. Wer eine konsequente Bekämpfung von Sozialmissbrauch will, muss den Versicherern auch die notwendigen Instrumente geben. Deswegen braucht es ein Ja zum neuen Gesetz.

### Massvolle Lösung

Das Gesetz ist ausgewogen und setzt klare und enge Grenzen für eine Observation: Es braucht aber immer einen Anfangsverdacht, der nicht anders geklärt werden kann. Bei einer Überwachung dürfen Sozialdetektive Bild- und Tonaufnahmen nur an frei zugänglichen Orten erstellen. Zudem ist der Einsatz von GPS-Trackern zur Standortbestimmung nur mit einer richterlichen Bewilligung möglich. Der Einsatz von weiteren Möglichkeiten, wie etwa der Einsatz von Richtmikrofonen oder Wanzen, das Eindringen in Computersysteme oder die Überwachung des Fernmeldeverkehrs, sind eine Erfindung der Referendumsführer. Diese Massnahmen bleiben wie bisher den Sozialdetektiven verwehrt.

Insgesamt ermöglicht das ATSG eine konsequente und glaubwürdige Bekämpfung von Sozialmissbrauch. Sagen wir deshalb Ja zum ATSG. Es ist ausgewogen und beruht auf der bewährten Praxis, mit der drei Viertel der Missbrauchsfälle aufgedeckt werden können.

Damian Müller, Ständerat LU

«Das Gesetz ist ausgewogen und setzt klare und enge Grenzen für eine Observation.»



# Nein zur «Selbstbestimmungs»-Initiative

Abstimmung vom 25. November

Am 25. November 2018 entscheidet die Schweizer Bevölkerung über die sogenannte «Selbstbestimmungs»-Initiative (SBI). Die Bundesverfassung soll, mit Ausnahme des zwingenden Völkerrechts, einen generellen Vorrang gegenüber internationalen Verträgen erhalten. Alle bisher getroffenen internationalen Vereinbarungen der Schweiz, welche nicht dem Referendum unterstanden, sollen nur noch unter Vorbehalt gelten. Sollte ein internationaler Vertrag im Widerspruch zur Verfassung stehen, müsste er neuverhandelt oder gekündigt werden. Die Initiative scheitert an den eigenen Widersprüchen.

Auf den ersten Blick klingt die Initiative sympathisch. Wer will nicht mehr Selbstbestimmung? Mit ihrem Titel macht die SBI aber Versprechungen, die unmöglich eingehalten werden können. Sie kann dem Anspruch, der Verfassung gegenüber dem «bösen» Völkerrecht zum Durchbruch zu verhelfen, aufgrund mehrerer Unklarheiten und innerer Widersprüche nicht gerecht werden. Der unklar

formulierte Initiativtext lässt bewusst die Frage offen, wann ein Konflikt zwischen Landes- und Völkerrecht vorliegt und welche Behörde dies zu beurteilen hätte. Ungeklärt ist auch, woran sich die Gerichte und rechtmässigen Behörden halten müssen, wenn ein Völkerrechtsvertrag dem Referendum unterstand und gleichzeitig einer Verfassungsbestimmung widerspricht. Die Initiative ist

damit, entgegen ihrem Namen, überhaupt keine Lösung für den Umgang mit Normenkonflikten.

### Nein zu einer widersprüchlichen und radikalen Initiative, die zu Rechtsunsicherheit führt

Hochproblematisch ist zudem die von der Initiative vorgesehene Rückwirkungsklausel, die alle bestehenden völkerrechtlichen Verträge gefährdet. Obwohl sich die Initianten nur an einigen wenigen Abkommen stören, greifen sie pauschal alle bereits abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge an. Das ist radikal – der Kündigungsvorbehalt gegen sämtliche Verträge ist brandgefährlich. Wenn bestehende Verträge nur noch unter Vorbehalt gültig sind, wird ein Zustand von Rechtsunsicherheit geschaffen. Die Initiative erreicht damit genau das Gegenteil dessen, was sie verspricht. Sie führt nicht zu einer Klärung zwischen Landes- und Völkerrecht, sondern zu noch mehr Unklarheit und Rechtsunsicherheit.

### Nein zur Isolation

Die Initiative gaukelt vor, dass internationale Verträge einfach und unilateral geändert oder gekündigt werden könnten. Damit wird den Wählerinnen und Wählern Sand in die Augen gestreut. Neuverhandlungen von Verträgen sind ein komplexes Unterfangen und setzen die Zustimmung beider Vertragspartner voraus. Internationale Verträge werden immer von zwei Partnern geschlossen, und zwar freiwillig – wie im privaten Geschäftsleben auch. Ein Handschlag ist ein Handschlag. Verträge, die abgeschlossen werden, werden auch eingehalten. Abmachungen einfach einseitig und willkürlich nicht einzuhalten, geht nicht. Wegen der «Selbstbestimmungs-Initiative» werden Gerichte und Behörden aber zum Vertragsbruch angehalten. So verliert die Schweiz ihre Glaubwürdigkeit in internationalen Verhandlungen und schwächt ihre Verhandlungsposition. Potenzielle Vertragspartner werden es sich in Zukunft zweimal überlegen, einen Vertrag mit der Schweiz abzuschliessen, da unklar ist, ob sich die Schweiz wirklich daran halten wird. Die Schweiz isoliert sich selbst. Völkerrecht ist entscheidend, damit ein Kleinstaat wie die Schweiz seine Interessen international durchsetzen kann. Wir sind darauf angewiesen, dass Verträge, die wir abschliessen, von unseren Vertragspartnern eingehalten werden. Wir akzeptieren auch nicht, wenn jemand nachher kommt und sagt: «Was wir abgemacht haben, gilt jetzt nicht mehr, weil wir eine Differenz in einem anderen Vertrag haben.» Lassen wir uns also nicht von der «Selbstbestimmungs»-Initiative täuschen. Sagen wir Nein zur rückwirkenden Kündigung internationaler Verträge mit dem Zweihänder.

Philipp Müller, Ständerat AG



Die Schweiz ist unsere Heimat, und sie ist heute ein Erfolgsmodell. Wir Freisinnigen haben die Aufgabe, dieses Erfolgsmodell zu sichern, weiterzuentwickeln und mit Weitsicht sowie Optimismus und Mut in die Zukunft zu tragen. Amélie Evard stellt die Vision der FDP. Die Liberalen vor.

Ich bin der Meinung, dass unsere Politik, unsere Denkweise und unser Handeln nicht von Ängsten bzw. Angstmacherei getrieben werden dürfen. Um auch zukünftig als erfolgreiche und eigenständige Schweiz weiterzukommen, müssen wir bestrebt sein, selbstbewusst und selbstbestimmt, durch zukunftsorientierte und sachgerechte politische Lösungen, unser Land weiterhin gemeinsam zu gestalten und nach vorne zu treiben. Damit dies gelingt, hat die FDP. Die Liberalen eine Vision mit sieben Zielen formuliert, welche Sie auf der FDP-Website im Detail nachlesen können.

### «Heisse» Debatten

Sowohl der Sommer wie auch der Herbst 2018 waren in vielerlei Hinsicht hitzig: Nicht nur das zu trockene und warme Wetter sorgten für heisse Diskussionen, sondern auch die Debatten über die «Selbstbestimmungs»-Initiative oder zur AHV-Steuervorlage sind in vollem Gange. Solche Diskussionen zeigen auf, wie wichtig eine übergreifende Zukunftsvision für unser Land ist, um unsere Ziele zu erreichen.

Dazu gehören – ich habe das Klima bereits angesprochen – Überlegungen im Bereich der Umweltpolitik. Eine nachhaltige und effiziente Nut-

zung des Raumes und der natürlichen Ressourcen sind zu gewährleisten. Es wäre aber falsch, dies mit Zwängen und Verboten durchsetzen zu wollen. Viel zielführender ist eine nachhaltige Energie- und Klimapolitik, welche einen schonungsvollen Umgang mit unserer Umwelt ermöglicht und an die Eigenverantwortung appelliert.

### Wohlstand sichern

Ein weiteres Ziel ist die Sicherung unseres Wohlstandes, der heute grösstenteils auf der Exportwirtschaft basiert. Die Schweiz als kleine Nation ist also nur so stark, wie sie auch international als Vertragspartei verlässlich und vernetzt ist. Aussenpolitik und gute Handelsbeziehungen sind daher zentral für die Schweiz. Wir dürfen uns nicht abschotten: Der Zugang zu globalen Märkten muss auch künftig gewährleistet bleiben, damit der wirtschaftliche Austausch über unsere Grenzen hinaus funktioniert. Auch innenpolitisch sind gute, liberale wirtschaftliche Rahmenbedingungen für unseren Wohlstand unerlässlich: Wir dürfen den Unternehmen keine zusätzlichen Steine in den Weg legen.

### Gesellschaft verändert sich

In unserer vielfältigen Gesellschaft wird die altern-

de Bevölkerung zunehmend zum Problem. Damit der gesellschaftliche Zusammenhalt und das Zusammenleben reibungslos funktionieren können, sind zukunftstaugliche Lösungen gefragt. Es braucht daher einen nachhaltigen Generationenvertrag und flexible Lösungen der Altersvorsorge wie auch ein effizientes Pflege- und Gesundheitssystem.

Ein weiterer wichtiger Fokus unserer Zukunftsvision sind flexible und der Zeit angepasste Arbeitsmodelle und Arbeitsstrukturen sowie die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Denn über die Frage «Familie oder Karriere?» denke ich als Hochschulabsolventin mit Familienwunsch immer häufiger nach.

### Chancen der Digitalisierung

Wir stehen mitten im digitalen Zeitalter und sind sehr mobil. Neue Arbeitsmodelle und -strukturen, wie bspw. Home Office, sollten also verbreitet eingeführt und genutzt werden. Die Chancen der Digitalisierung müssen wir folglich auch für neue Arbeitsmodelle voll ausnutzen, weiterentwickeln,



Amélie Evard packt an für eine fortschrittliche Schweiz.

um so vom technologischen Fortschritt zu profitieren. Ich bin überzeugt, dass es mehr Flexibilität, klare Rahmenbedingungen und liberale, unbürokratische, wirtschaftsfreundliche Lösungen braucht, damit gerade gut ausgebildete Frauen durch moderne Arbeitsmodelle nicht mehr zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen.

Für unsere liberale Vision und folglich auch für das liberale Erfolgsmodell Schweiz setze ich mich zusammen mit der FDP ein. Lassen Sie es uns zusammen anpacken! Gemeinsam stellen wir sicher, dass unser Land auch für zukünftige Generationen erfolgreich bleibt. Gemeinsam weiterkommen – für eine eigenständige, intelligente und fortschrittliche Schweiz!

**Amélie Evard, Vizepräsidentin Stadtrat Nidau und Mentee der FDP Schweiz**

# Meinungsmacher

FDP-Newsletter



Unser monatlicher FDP-Newsletter «Meinungsmacher» liefert Ihnen die neusten Blogs der FDP-Parlamentarier, Informationen zu den wichtigsten politischen Geschäften und News aus der Presse und den sozialen Medien. Bleiben Sie auf dem Laufenden und seien Sie hautnah dabei! Abonnieren Sie unseren Meinungsmacher.

<https://www.fdp.ch/aktuell/newsletter/newsletter-anmelden/>

## Abstimmungsvorlagen

für den 25. November 2018



Nein

Volksinitiative vom 12. August 2016 «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)»



Nein

Volksinitiative vom 23. März 2016 «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)»



Ja

Änderung vom 16. März 2018 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) (Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten)

## AGENDA

12. November

Roadshow Winterthur mit BR-Kandidaten

14. November

Roadshow Yverdon mit BR-Kandidaten

16. November

Nomination Bundesratsersatzwahlen

25. November

Eidgenössische Volksabstimmung

5. Dezember

Bundesratsersatzwahlen/Fraktionsessen

26. November bis 14. Dezember

Wintersession

12. Januar 2019

Delegiertenversammlung

1. bis 3. Februar

Wahlkampf-Trainingscamp

10. Februar

Eidgenössische Volksabstimmung

FAIRPLAY  
BITTE!

JA

am 25. November  
zur Änderung des  
Sozialversicherungsrechts

Sozialversicherungen  
vor Missbrauch schützen

Herausgeberin / Redaktion / Inserate:

FDP, Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern

T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00

E: [info@fdp.ch](mailto:info@fdp.ch) | [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

Layout:

LZ Print | E: [kontakt@lzprint.ch](mailto:kontakt@lzprint.ch)

Druck:

NZZ Media Services AG

T: 071 272 72 06 | E: [print@nzz.ch](mailto:print@nzz.ch)

# FDP

Die Liberalen



**NEIN zur "Selbstbestimmungs"-Initiative**

**Nein zum Frontalangriff auf  
unsere Rechtssicherheit**

**Gemeinsam weiterkommen.**

25. November 2018  
[www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)